

Eine weitere Hürde genommen

Der Churer Gemeinderat will den Ausbau und die Sanierung der Sportanlagen weiter vorantreiben. Deshalb hat er grünes Licht für die Verlegung des Mühlbachs auf der Oberen Au gegeben.

von Dario Morandi

Die Meinungen waren eigentlich schon lange vor der gestrigen Sitzung des Churer Gemeinderates gemacht. Die 2,65 Millionen Franken teure Verlegung des Mühlbachs im Gebiet Grossbruggen, die der Umsetzung des Masterplans Sport- und Eventanlagen auf der Oberen Au dient, werde vom Stadtparlament problemlos durchgewinkt, hiess es im Vorfeld der Aprilsession. Doch diese Optimisten hatten die Rechnung ohne die SVP gemacht. Die stellte sich quer.

SVP wirft Salomitaktik vor

Nicht wegen der Kostenhöhe ging die SVP auf die Barrikaden, sondern weil dieser Kredit nicht dem Volk vorgelegt wird. Auf der Oberen Au entstehe mit der Umlegung des Mühlbachs zwar «etwas Schönes», stellte SVP-Gemeinderat Mario Cortesi zunächst fest, um dann aber wie sein Fraktionskollege Urs Rettich gleich mit grobem Geschütz aufzufahren. Rettich hegte gar den Verdacht, dass mit einzelnen Baustapen unter der Referendumsgrenze von drei Millionen Franken die Kosten «am Volk vorbei geschleust werden». Und für Cortesi handelt es sich um eine Fortsetzung der «Salomitaktik» im Zusammenhang mit vom Volk abgelehnten millionenschweren Ausbau der Sportanlagen. Gemeinde- und Stadtrat wollten dem Volk die Frage nach dem Ausbau der Sportstätten nicht mehr stellen. «Und da spielen wir nicht mit», so Cortesi.

Mit der «Aber-Politik» aufhören

Doch die vierköpfige SVP-Fraktion kämpfte auf verlorenem Posten. Die Ratsmehrheit sprach sich nach längerer Diskussion mit 17:4 Stimmen für die Verlegung des Mühlbachs aus. Zuvor hatte die SVP mit verbalem Gegenwind zu kämpfen. Das Projekt sei ökologisch vorbildlich und das Gelände rund um den Mühlbach werde zu einem neuen Naherholungsgebiet werden, hiess es von links bis rechts. Es sei Zeit, mit der «Aber-Politik» aufzuhören und bei der Planung Steuermillionen zu verbrennen, forderte BDP-Gemeinderätin Martha Widmer-Spreiter. Das vor 44 Jahren initiierte Sportanlagen-Projekt müsse endlich vollendet werden.

Unterstützung kam auch von der CVP: Gemeinderätin Carla Maissen



Argumente kommen nicht an: SVP-Gemeinderat Mario Cortesi steht während der Debatte über die Mühlbachverlegung auf verlorenem Posten. Bild Olivia Item

wies auf das Ja des Volkes vom 4. März dieses Jahres zur neuen Zonenordnung auf der Oberen Au hin. Deshalb gelte es jetzt, «dem Projekt keine neuen Steine in den Weg zu legen», sagte sie. Auch Xenia Bischof von der SP war des Lobes voll. Sie bezeichnete die Planung der Stadt rund um die Verle-

gung des Mühlbachs als «sorgfältig evaluiert».

Es sei zwar die Aufgabe des Gemeinderats, politische Geschäfte kritisch zu hinterfragen, sagte Stadtpräsident Urs Marti. Die Fundamentalopposition der SVP ging ihm dann aber doch zu weit. Das Parlament sel-

ber habe ja beschlossen, im Fall der Sportanlagen etappiert vorzugehen. Es liege nun mal in der Natur eines Masterplans, dass die Bauvorhaben einzeln aufgelistet und realisiert würden, sagte er. Es werde nichts am Volk vorbeigeschleust, die Etappierung sei «baulich und zeitlich notwendig».

Dem Stadtrat gefolgt

Es war wirklich nicht der Tag der SVP. Sie erlitt noch eine weitere Niederlage. Und zwar mit ihrer Forderung nach einem fest im Budget verankerten Eigenfinanzierungsgrad von 80 Prozent, damit sich die Stadt nicht weiter verschuldet. Die Mehrheit des Rates folgte mit 17:4 Stimmen der Argumentation des Stadtrates, wonach das zwingend eine Steuererhöhung nach sich ziehen würde. Mehr noch: Damit werde die Investitionsfreiheit eingeschränkt, sagte Stadtpräsident Marti.

Mehr Glück hatte die FDP: Ihr Vorstoss, mit dem sie das im Baugesetz verankerte Verbot für den Bau von Parkhäusern unter dem Fontanapark und dem Stadtgarten aufheben will, wurde mit 12:9 gegen den Willen des Stadtrats überwiesen. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit dürfte jedoch erneut das Volk haben, weil es sich dabei um eine Anpassung des Baugesetzes handelt.

Die FDP will die Steuerschraube lockern

Die FDP Chur fordert den Stadtrat auf, die Steuern um zwei Prozent zu senken. Ausschlaggebend dafür ist laut einer Mitteilung der Einnahmenüberschuss im vergangenen Jahr. Dieser beläuft sich auf 26,6 Millionen Franken, **zwei Millionen Franken mehr als im Vorjahr**. Dies entsprechen zwei Steuerprozenten, hält die FDP fest. Sie verlangt deshalb vom Stadtrat, die Mehreinnahmen über eine Steuersenkung in die **nachhaltige Standortattraktivität** zu inves-

tieren. Wie die FDP weiter schreibt, will sie damit «für die Stadt eine verbesserte Ausgangslage im zunehmend verschärften Standortwettbewerb schaffen». Unternehmen berücksichtigten nicht nur die Bodenpreise, sondern auch die **Steuerbelastung für ihre Mitarbeitenden**. Die FDP-Fraktion werde bei der Budgetsitzung im Dezember einen Antrag einreichen, um den Steuerfuss zu senken, heisst es in der Mitteilung. Stadtpräsident Urs Marti hat nach dem

positiven Rechnungsabschluss Forderungen nach einer Steuersenkung erwartet. Dass sie aus den Reihen seiner Partei kommt, wundert ihn nicht. Die FDP trete halt oft mit solchen Forderungen in Erscheinung, erklärt er. «Mit Blick auf die Rechnungszahlen wäre eine Steuersenkung zwar vertretbar», sagt er. Gleichzeitig müsse man aber das hohe Investitionsvolumen berücksichtigen, das anstehe. Darum habe die Stadt «gespart, um investieren zu können». (mo)

Forstbetrieb: Ilanz prüft Privatisierung

Das Ilanzer Gemeindeparlament beschäftigt sich mit der Zukunft des Forstbetriebs und der ASA Sablun Rueun.

Das Gemeindeparlament Ilanz/Glion hat an seiner Sitzung vom Mittwoch die Vereinbarung betreffend des Betriebs der ASA Sablun Rueun zwischen den Gemeinden Breil/Brigels und Ilanz/Glion genehmigt. Das Parlament hat die Auflösung der Associazion per serenar P'aua piarsa ASA Sablun Rueun mit Regelung der Reinigung des Abwassers aus den Fraktionen Andiast und Waltensburg/Vuorz der Gemeinde Breil/Brigels durch die Gemeinde Ilanz/Glion ab 1. Januar 2018 beschlossen, wie es in einer Mitteilung heisst.

Verkleinerung des Forstbetriebs

Der Auftrag aus dem Parlament bezüglich Überprüfung einer Reduktion des Forstbetriebs und der damit einhergehenden Privatisierung in Bezug auf eine Kosteneinsparung wurde dem Gemeindevorstand überwiesen. Dieser beauftragt nun eine externe Stelle mit der Analyse von fünf Varianten.

Der Gemeindevorstand hat ausserdem eine Anfrage bezüglich künftiger Nutzung der Immobilien des Finanzvermögens im Eigentum der Gemeinde Ilanz/Glion beantwortet. Demzufolge besitzt die Gemeinde rund 310 Hochbauten, davon gehörten ein Drittel zum Finanzvermögen. Verschiedene Objekte könnten grundsätzlich veräussert werden. Dies bedinge jedoch eine Strategie mit klaren Zielsetzungen. Ein erster Entwurf dazu liege vor.

Studie zur Gemeindeorganisation

Ebenfalls hat das Parlament den Bericht des Gemeindevorstands zur Überprüfung der Gemeindeorganisation diskutiert. Darin macht der Gemeindevorstand, auf der Grundlage einer Studie der HTW Chur, eine Auslegerordnung der aktuellen Organisation und zeigt alternative Modelle auf. Unter anderem hat der Gemeindevorstand geprüft, welche Vor- und Nachteile eine Gemeindeversammlung oder ein Gemeindeparlament haben. Ebenfalls wurde überprüft, welche Vor- und Nachteile die Einführung von Ressorts im Gemeindevorstand mit sich bringt. Der Bericht der HTW Chur wie auch des Gemeindevorstands gilt als Basis für weitere Diskussionen rund um die Gemeindeorganisation. (so)

Nächste Etappe im Masterplan wird umgesetzt

Auf der Oberen Au wird in diesen Tagen mit dem Bau eines weiteren Kunstrasenplatzes begonnen. Damit rückt die geplante Verlegung des Rasensports von der Ringstrasse auf die Obere Au einen Schritt näher.

An seiner Sitzung vom 8. März hatte der Churer Gemeinderat einen Kredit über 2,38 Millionen Franken für den Bau eines zweiten Kunstrasenplatzes auf der Oberen Au beschlossen. Das Projekt war unbestritten. Alle Gemeinderäte anerkannten den Bedarf an zusätzlichen Rasenspielfeldern für den Vereins- und Firmensport.

Wie die Stadtkanzlei gestern mitteilte, findet Mitte April der Spatenstich für den zweiten Kunstrasenplatz statt. Die Inbetriebnahme ist für Anfang November geplant. Damit könne der bestehende Nachfrageüberhang beim Fussball weiter gemildert werden. Mit seiner Realisierung rücke aber auch die im Rahmen des Masterplans angestrebte Verlegung des Rasensports von der



Aus eins mach zwei: Seit August 2017 steht auf der Oberen Au ein Kunstrasenplatz, ab November werden es zwei sein. Pressebild

Ringstrasse auf die Obere Au näher. Damit werden neue Nutzungen auf dem Areal Ringstrasse möglich, konkret die Realisierung eines neuen Schulhauses mit Dreifachturnhalle. Der Bau des zweiten Kunstrasenplatzes ist nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu neuen Sportanlagen auf der Oberen Au. Noch in diesem Jahr wird eine Vorlage für einen dritten Kunstrasenplatz in den Rat kommen. Als nächster Schritt soll noch vor den Sommerferien das Resultat des Gesamtleistertwettbewerbs Eis/Fussball präsentiert werden.

Seit August 2017 in Betrieb

Am 23. Juni 2016 hatte der Gemeinderat vom Masterplan Sport- und Eventanlagen Obere Au Kenntnis genom-

men. Dieser zeigt auf, dass das Bedürfnis an zusätzlichen Rasenspielfeldern für den Vereins- und Firmensport ausgewiesen ist. Der erste Kunstrasenplatz konnte im August 2017 den Nutzen übergeben werden.

Ein Kunstrasenplatz ist in der Erstellung um einiges teurer als ein herkömmlicher Naturrasenplatz. Er ist aber insbesondere im Unterhalt auch um einiges günstiger, wie es in der Mitteilung der Stadtkanzlei. Seine Beschaffenheit ist unabhängig von Jahreszeit, Wetter und geografischer Region nahezu konstant. Der Platz ist somit intensiver und vor allem wetterunabhängig nutzbar und insbesondere in der Übergangszeit Herbst-Winter-Frühjahr beispielbar. (so)